



X öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 02.03.2026

Ratsfraktion – FDP

Ratsfrau Antonia Frey
Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Antrag der FDP-Ratsfraktion Zur Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 03.03.2026

Betrifft:

Ergänzungsantrag der FDP-Ratsfraktion zur Informationsvorlage AGS/013/2026

Sehr geehrte Frau Frey,

im Namen meiner Fraktion bitte ich Sie, nachfolgenden Ergänzungsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 3. März 2026 zu setzen und zur Abstimmung zu bringen:

Antrag:

Die Verwaltung ergänzt und konkretisiert das Konzept Eisenstraße 49 bis zur Vorlage des finalen Umsetzungsbeschlusses vor der Sommerpause 2026 wie folgt:

1. Verbindliche Zielindikatoren und Wirkungsmonitoring
Zeitnahe Beauftragung einer Evaluation (unter anderem, um die Entwicklung des offenen Konsums und der Szenebelastung im Umfeld, die Inanspruchnahme der Angebote, die Übergänge in weiterführende Hilfen/Wohnen und die Entwicklung von Rettungs- und Polizeieinsätzen darzustellen) sowie die Einrichtung eines regelmäßigen, transparenten Berichtswesens im Rahmen des Quartiersmanagements, auch für die politischen Gremien.
2. Strukturierung des Übergangsmanagements
Präzisierung einer verbindlichen Perspektiv- und Übergangsplanung innerhalb des Hilfesystems wie bei der NUB (Sicherstellung von Anschlusshilfen).
3. Sicherheits- und Umfeldsteuerung
Konkretisierung der Maßnahmen zur Gewährleistung von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit im unmittelbaren Umfeld (Zusammenarbeit mit OSD und Polizei, Monitoring möglicher Verlagerungseffekte, Präsenz- und Interventionskonzept) im Sinne von Ordnungspartnerschaften wie bei der

Drogenhilfe.

4. Einordnung in das gesamtstädtische Hilfesystem
Eingliederung in das vor der Sommerpause 2026 vorzulegende
gesamtstädtische Gesamtkonzept zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten
Nutzung durch die Zielgruppe mit Bezug zur Landeshauptstadt Düsseldorf.

Begründung:

Der Ausschuss unterstreicht sein Ziel, die Hilfestrukturen für besonders vulnerable Menschen wirksam weiterzuentwickeln und zugleich eine nachhaltige Entlastung sowie geordnete Entwicklung des Bahnhofsumfelds zu erreichen.

Dr. Christine Rachner